

Nichtzulassungsbeschwerde und Revision

Revision und revisionsähnliche Verfahren vor BGH, BVerwG, BFH, BAG und BSG

Bearbeitet von
Von Dr. Wendt Nassall, Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof

1. Auflage 2018. Buch. Rund 300 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 70782 7
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht
allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 14


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Nichtzulassungsbeschwerde und Revision

von

Dr. Wendt Nassall

Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof
Karlsruhe

2018


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H. BECK

Zitierweise: Nassall Nichtzulassungsbeschwerde Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 70782 7

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co KG / Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

*Für Anne-Marie und
Katharina, Helena, Amaia*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

„Es ist in der That ein anderes Ding, unbekümmert um die Folgen und das Unheil, das ein Rechtssatz, den man in den Quellen zu lesen oder aus der Consequenz zu entnehmen glaubt, im Leben anstiftet, sich rein theoretisch mit ihm abzufinden oder aber ihn zur Anwendung zu bringen.“

Rudolf von Jhering

(Beiträge zur Lehre von der Gefahr beim Kaufcontract, JhJ. Bd. 3, S. 449 ff. (450)).

„Was rechtens sei? – darum kommt man nicht herum.“

Ernst Bloch

(Naturrecht und menschliche Würde, S. 11)


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Gastmahle sind Gelegenheiten der Erkenntnis.

Vergangenen Advent lud ein Nachbar zum Fondue in ein Gasthaus. Der Wirt hatte für solche Veranstaltungen in seinem Hof eine Almhütte aufgebaut. Bis auf's bimmelnde Rindvieh war alles vorhanden, was es zu einer Almhütte braucht. Der Verbleib des Viehs sollte sich im Laufe des Abends klären. Wir saßen an Tischen zu acht. Den Aperitif begleitete die Vorstellung der Tischgenossen: Wer, was. So stellte auch ich mich vor, als Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof. Darauf meldete sich mein Gegenüber, ein Steuerberater: „So was bräuchten wir auch; wir wissen doch gar nicht, wie's geht.“ Den weiteren Abend herrschten Freude am Tier und an der Traube. Auch wurde getanzt.

Bis zu jenem Gastmahl hatte ich keine Ahnung, wie ich das mir Monate vorher in Auftrag gegebene Buch anstellen würde. Nach Weihnachten konnte ich damit beginnen: Ich würde für diejenigen schreiben, die mit ihren Mandanten vor einen obersten Gerichtshof ziehen müssen, aber nicht wissen, „wie's geht“, weil sie nie oder nur selten vor einem obersten Gerichtshof zu tun haben. Und nur für sie würde ich schreiben: Das würde einerseits erfordern, die Vorbereitungen anzusprechen, die in der Vorinstanz für den Gang zum obersten Gerichtshof zu treffen sind, andererseits erübrigen, Vorgänge des Verfahrens vor dem obersten Gerichtshof darzustellen, zu denen mehr als „et kütt wie et kütt“ sinnvollerweise nicht zu sagen ist. Das Buch würde sich auf eine zusammenfassende und geordnete Darstellung der veröffentlichten Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe beschränken. Wo die Rechtsprechung schweigt, würde auch dieses Buch schweigen: Keine reine Lehre, keine Erörterung literarischer Streitfragen, deshalb auch kein Literaturverzeichnis; vielleicht hier und da eine kleine Anregung meinerseits zur Lösung praktischer Aufgaben, die sich einmal stellen dürften. Aber Rechtsprechung pur. Ich würde den Versuch unternehmen, die Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe zu ihren Verfahren wo möglich auf den gemeinsamen Punkt zu bringen und die groben Linien aufzuzeigen. Den Blick in die Kommentare würde dieses Buch nicht ersetzen, aber es würde helfen, an der richtigen Stelle nachzuschauen: Man muss nicht alles wissen, man muss nur wissen, wo's steht.

Ob mir dieses Vorhaben gelungen sei, möge der Leser beurteilen. Auf seine Neigung bin ich gespannt.

Kein Buch ohne Helfer: Ich danke meinen langjährigen Kanzleimitarbeiterinnen Carola Biedermann und Tanja Bischoff, die dieses Buch getreu meiner Diktate und unter sicherem Verständnis meiner handschriftlichen Korrekturen zu Papier gebracht haben. Letztere hat auch die Kosten und Gebühren zusammengestellt. Frau Rechtsreferendarin Lara Zwiffelhoffer hat die Korrekturlektüre besorgt. Und schließlich fördert es den Eifer des Schriftstellers, wenn er zuhörend häufiger von seiner Familie gefragt wird: „Wie weit bist Du mit Deinem Buch?“ Le voilà.

Karlsruhe/Freiburg, im November 2017

Wendt Nassall

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
A. Die Zuständigkeit der obersten Gerichtshöfe des Bundes	1
I. Faustformel für die Zuständigkeit	1
II. Der Bundesgerichtshof	1
III. Bundesverwaltungsgericht	4
IV. BFH	6
V. BAG	7
VI. BSG	8
VII. Statistische Daten	10
B. Revision	11
I. Statthaftigkeit der Revision im Zivil- und Arbeitsrechtsstreit	11
II. Statthaftigkeit der Revision im Verwaltungs- und im Sozialrechtsstreit	16
III. Finanzrechtsstreit	21
IV. Meistbegünstigung	23
V. Revisionszulassung	23
VI. Sprungrevision	32
VII. Unselbständige Anschlussrevision	37
VIII. Die Entscheidung des obersten Gerichtshofs	44
C. Rechtsbeschwerde, Revisionsbeschwerde und Mitbestimmungsrechtsbeschwerde ..	45
I. Die ZPO-Rechtsbeschwerde	45
II. Die Rechtsbeschwerde nach dem FamFG	51
III. Die Rechtsbeschwerde in Kostensachen und Vergütungsangelegenheiten	55
IV. Die Rechtsbeschwerden auf den Gebieten der Immaterialgüterrechte und der Marktordnung zum BGH und zum BSG	57
V. Gemeinsame Regeln für alle Rechtsbeschwerden	59
VI. Revisionsbeschwerde zum BAG (§ 77 ArbGG)	65
VII. Die Mitbestimmungsrechtsbeschwerde nach den §§ 92 ff. ArbGG, §§ 122, 126 InsO beim BAG und beim BVerwG	66
VIII. Die Entscheidung des obersten Gerichtshofs	67
D. Sofortige Beschwerde zum BAG und zum BVerwG (§§ 72b, 92b ArbGG)	69
I. Anwendungsbereich	69
II. Gegenstand	69
III. Wirkung	70
IV. Rechtsmittelbegründung	71
V. Entscheidung des obersten Gerichtshof	71
E. Rechtswegbeschwerde nach § 17a Abs. 4 S. 4 GVG	73
I. Anwendungsbereich	73
II. Zuständigkeit	74
III. Zulassung der Rechtswegbeschwerde	74
IV. Verfahren	75
V. Rechtsmittelbegründung	76
VI. Entscheidung	76
F. Nichtzulassungsbeschwerde und andere Rechtsmittelzulassungsverfahren	77
I. Nichtzulassungsbeschwerde	77

II. Sprungrechtsmittel	78
III. Inzidentprüfung durch den obersten Gerichtshof	79
IV. Keine Prüfung der Rechtsmittelzulassungsgründe	80
V. Die Rechtsmittelzulassungsgründe im Überblick	81
VI. Maßgebender Zeitpunkt	84
VII. Kausalität	86
VIII. Die Entscheidung des obersten Gerichtshofs	86
G. Fataalia (Fristen, Vertretung, Form)	89
I. Richtiger Gerichtsadressat	89
II. Fristen	92
III. Vertretung	110
IV. Form- und Inhaltsfragen	115
V. Wertgrenzen	116
H. Die Rechtsmittelgründe (Revisionszulassungsgründe, Revisionsgründe, Rechtsbeschwerdegründe etc.)	119
I. Allgemeine Grundsätze	119
II. Rechtsmittelzulassungsgründe	125
III. Intermezzo: Beweiswürdigung und Auslegung	156
IV. Absolute Revisionsgründe (absolute Rechtsmittelgründe)	163
V. Relative Revisionsgründe (Rechtsmittelgründe)	191
VI. Die Rechtsmittelbegründung	196
I. Der Tatsachenstoff des obersten Gerichtshofs	205
I. Die maßgebenden gesetzlichen Regelungen	205
II. Die Bedeutung des Tatbestandes	207
III. Neuer Tatsachenvortrag	212
IV. Änderung des Klagebegehrens	217
V. Nebenintervention, Streitverkündung, Beiladung	219
J. Der Verfahrensgegenstand des obersten Gerichtshofs	221
I. Der angefallene Streitgegenstand (Anfallwirkung)	221
II. Vor- und Zwischenentscheidungen	223
III. Die Bedeutung der Rechtsmittelgründe	228
K. Das Verfahren vor dem obersten Gerichtshof	231
I. Rechtsmittelerwiderung	231
II. Beteiligung Dritter	232
III. Mündliche Verhandlung	234
IV. Rechtsmittelrücknahme	237
L. Einstweiliger Rechtsschutz und Vollstreckungs- bzw. Vollziehungsschutz	239
I. Einstweiliger Rechtsschutz in der Hauptsache	239
II. Vollstreckungs- und Vollziehungsschutz	240
M. Tenor und Wirkung der Entscheidung des obersten Gerichtshofs	247
I. Tenor	247
II. Bindungswirkung	247
III. Verbot der reformatio in peius	250
IV. Anhörungsrüge	251
N. Prozesskostenhilfe und Notanwalt	253
I. Prozesskostenhilfe	253
II. Notanwalt	254
O. Kosten	257
I. Nichtzulassungsbeschwerde	257
II. Revision	258
III. ZPO-Rechtsbeschwerde	258
IV. FamFG-Rechtsbeschwerde	259
V. Rechtsbeschwerden und Nichtzulassungsbeschwerden auf dem Gebiet der Marktordnung	260

<i>Inhaltsübersicht</i>	XI
VI. Rechtsbeschwerden auf dem Gebiet der Immaterialgüterrechte	260
VII. Mitbestimmungsrechtsbeschwerde	260
VIII. Revisionsbeschwerde beim BAG	261
IX. Sofortige Beschwerde beim BAG	261
Anhang	263
Stichwortverzeichnis	271


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

A. Die Zuständigkeit der obersten Gerichtshöfe des Bundes	1
I. Faustformel für die Zuständigkeit	1
II. Der Bundesgerichtshof	1
1. Sitz und Kontaktdaten	1
2. Die Zuständigkeit des BGH für die Revision und ähnliche Rechtsmittel	2
a) Zivilsachen	2
b) Sonstige Streitigkeiten	2
c) Rechtswegstreitigkeiten; Justizverwaltungssachen; überlange Verfahrensdauer	3
3. Der BGH als Tatsacheninstanz	3
4. Geschäftsverteilung	4
III. Bundesverwaltungsgericht	4
1. Sitz und Kontaktdaten	4
2. Die Zuständigkeit des BVerwG für die Revision und ähnliche Rechtsmittel	4
a) Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	4
b) Sonstige Streitigkeiten	4
c) Rechtswegstreitigkeiten; überlange Verfahrensdauer	5
3. Das BVerwG als Tatsacheninstanz	5
4. Geschäftsverteilung	5
IV. BFH	6
1. Sitz und Kontaktdaten	6
2. Die Zuständigkeit des BFH für die Revision und ähnliche Rechtsmittel	6
a) Finanzstreitigkeiten	6
b) Steuerberatersachen	6
c) Sonstige Streitigkeiten	6
d) Rechtswegstreitigkeiten; überlange Verfahrensdauer	7
3. Der BFH als Tatsacheninstanz	7
4. Geschäftsverteilung	7
V. BAG	7
1. Sitz und Kontaktdaten	7
2. Die Zuständigkeit des BAG für die Revision und ähnliche Rechtsmittel	7
a) Arbeitssachen	8
b) Rechtswegstreitigkeiten; überlange Verfahrensdauer	8
3. Das BAG als Tatsacheninstanz	8
4. Geschäftsverteilung	8
VI. BSG	8
1. Sitz und Kontaktdaten	8
2. Die Zuständigkeit des BSG für die Revision und ähnliche Rechtsmittel	9
a) Sozialrechtliche Streitigkeiten	9
b) Sonstige Streitigkeiten	9
c) Rechtswegstreitigkeiten; überlange Verfahrensdauer	9
3. Das BSG als Tatsacheninstanz	9
4. Geschäftsverteilung	9
VII. Statistische Daten	10
B. Revision	11
I. Statthaftigkeit der Revision im Zivil- und Arbeitsrechtsstreit	11
1. Grundsatz	11

2. Endurteil	11
a) Sachurteil	11
b) Kassatorisches Urteil	12
c) Teilurteil	12
d) Ergänzungsurteil	12
e) Prozessurteile	12
3. Zwischen- und ähnliche Urteile	14
a) Zwischenurteile	14
b) Vorbehaltsurteil	15
c) Quasiendurteile	15
4. Sonderfall: Berufungszurückweisung durch Beschluss nach § 522 Abs. 2 ZPO	15
5. Erstinstanzliche Endurteile	15
6. Unstatthaftigkeit der Revision	15
a) Provisorische Urteile	16
b) Beschlüsse	16
II. Statthaftigkeit der Revision im Verwaltungs- und im Sozialrechtsstreit	16
1. Grundsatz	16
2. Endurteil	16
a) Kassatorisches Urteil	17
b) Teilurteil	17
c) Ergänzungsurteil	17
d) Prozessurteile	17
3. „Endbeschlüsse“ (Urteilsvertretender Beschluss; Gerichtsbescheid)	17
a) Normenkontrollentscheidungen	17
b) Berufungszurückweisung durch Beschluss	17
c) Berufungsverwerfung; Wiedereinsetzungsantrag	18
d) Musterverfahren	18
e) Gerichtsbescheid	18
4. Zwischen- und ähnliche Urteile	18
a) Zwischenurteile	18
b) Vorbehaltsurteil	20
5. Erstinstanzliche Entscheidungen	20
a) Verwaltungsrechtsstreit	20
b) Sozialrechtsstreit	20
6. Unstatthaftigkeit der Revision	20
III. Finanzrechtsstreit	21
1. Grundsatz	21
2. Endurteil	21
a) Teilurteil	21
b) Ergänzungsurteil	21
c) Arrestsachen	21
3. Zwischen- und ähnliche Urteile	21
a) Zwischenurteil nach § 97 FGO über die Zulässigkeit der Klage	21
b) Zwischenurteil über den Grund des Anspruchs nach § 99 Abs. 1 FGO	22
c) Zwischenurteil nach § 99 Abs. 2 FGO	22
d) Vorbehaltsurteil	22
e) Zwischenurteil nach § 303 ZPO	22
4. Gerichtsbescheid	22
a) Gerichtsbescheid nach § 90a FGO	22
b) Gerichtsbescheid nach § 79a Abs. 2, Abs. 4 FGO	22
c) Urteil oder Gerichtsbescheid nach § 79a Abs. 3, Abs. 4 FGO	23
5. Unstatthafte Revision	23
IV. Meistbegünstigung	23
V. Revisionszulassung	23
1. Grundsatz	23
2. Ausnahme	24

3. Die Zulassungsentscheidung	24
a) Zulassung durch den obersten Gerichtshof	24
b) Zulassung durch die Vorinstanz	24
4. Bindung des obersten Gerichtshofs an die Zulassungsentscheidung	28
a) Unzulässige Zulassung	28
b) Unstatthafte Revision	28
c) Zivilrechtsstreit: Zulassung durch den Einzelrichter?	28
5. Beschränkung der Revisionszulassung	28
a) Voraussetzungen	29
b) Ausspruch der Beschränkung	29
c) Folgen bei wirksamer und bei unwirksamer Beschränkung	30
d) Beispiele wirksamer Beschränkung	30
e) Rechtsbehelf bei Beschränkung	31
VI. Sprungrevision	32
1. Berufungsfähige Endentscheidung	32
a) Zivilrechtsstreit	32
b) Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialrechtsstreit	32
2. Zulassung	32
a) Zivilrechtsstreit: Zulassung durch den BGH	32
b) Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialrechtsstreit: Zulassung durch die erste Instanz	33
3. Einwilligung des Gegners	33
a) Gegner	33
b) Form	33
c) Zeitpunkt der Vorlage der Einwilligungserklärung	34
d) Inhalt	35
e) Anwaltszwang	35
f) Widerruf	35
4. Folgen für die Berufung	36
a) Zivilrechtsstreit	36
b) Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialrechtsstreit	36
5. Ausschluss der Verfahrensrüge	36
VII. Unselbständige Anschlussrevision	37
1. Akzessorietät	37
a) Anhängigkeit der Revision des Gegners	37
b) Akzessorietät der Streitgegenstände	37
2. Zulassungsfreiheit	40
3. Anschlussrevision und Nichtzulassungsbeschwerde	40
4. Beschwer	41
5. Einlegung; Frist	41
6. Bedingte Anschlussrevision	42
7. Wirkung	42
8. Bedingte Anschlussrevision bei Nichtzulassungsbeschwerde („Anschlussnichtzulassungsbeschwerde“)?	43
VIII. Die Entscheidung des obersten Gerichtshofs	44
C. Rechtsbeschwerde, Revisionsbeschwerde und Mitbestimmungsrechtsbeschwerde	45
I. Die ZPO-Rechtsbeschwerde	45
1. Gegenstand der ZPO-Rechtsbeschwerde	45
2. Statthaftigkeit der ZPO-Rechtsbeschwerde	45
a) Statthaftigkeit von Gesetzes wegen	46
b) Statthaftigkeit kraft Zulassung	49
c) Besondere Zulässigkeitsvoraussetzung der von Gesetzes wegen statthaften ZPO-Rechtsbeschwerde	49
3. Besonderheiten der ZPO-Rechtsbeschwerde vor dem BAG	50
a) Unanwendbarkeit des § 574 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 S. 1 ZPO	50
b) Ablehnung von Gerichtspersonen	50
c) Berufungsverwerfung	51

II. Die Rechtsbeschwerde nach dem FamFG	51
1. Die FamFG-Rechtsbeschwerde	51
a) Statthaftigkeit von Gesetzes wegen	51
b) Statthaftigkeit kraft Zulassung	53
c) Sprungrechtsbeschwerde	53
2. ZPO-Rechtsbeschwerde in Verfahren nach dem FamFG	54
a) Beschwerdeentscheidungen im Verfahren der sofortigen Beschwerde	54
b) Beschwerdeverwerfung in Ehe- und Familienstreitsachen (§§ 112, 121 FamFG)	54
3. Anerkennung ausländischer Entscheidungen und sonstige Verfahren mit Auslandsbezug	55
a) AUG	55
b) IntErbRVG	55
c) IntFamRVG	55
III. Die Rechtsbeschwerde in Kostensachen und Vergütungsangelegenheiten	55
1. Kostenfestsetzung	56
2. Kostenentscheidungen	56
3. Kostensachen	56
a) Ausschluss der Rechtsbeschwerde in Ansehung der Gerichtskosten	56
b) Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde wegen der Notarkosten	56
c) Ausschluss der Rechtsbeschwerde wegen der Wertfestsetzung:	56
d) Vergütungs- und Auslagenfestsetzungen	57
IV. Die Rechtsbeschwerden auf den Gebieten der Immaterialgüterrechte und der Marktordnung zum BGH und zum BSG	57
1. Rechtsbeschwerde auf dem Gebiet der Immaterialgüterrechte	57
2. Rechtsbeschwerde und Nichtzulassungsbeschwerde auf dem Gebiet der Marktordnung	58
a) Anwendungsbereich der Nichtzulassungsbeschwerde	58
b) Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde	59
3. Bedeutung der absoluten Rechtsbeschwerdegründe	59
V. Gemeinsame Regeln für alle Rechtsbeschwerden	59
1. Unstatthaftigkeit der Rechtsbeschwerde von Gesetzes wegen	59
a) Ausschluss von Gesetzes wegen	59
b) Unstatthafte Beschwerde	60
c) Unzulässige Beschwerde	61
2. Zulassung der Rechtsbeschwerde	61
a) Zulassungsgründe	61
b) Bindung des BGH und des BAG	61
c) Problemfall: Rechtsbeschwerdezulassung durch den Einzelrichter der sofortigen Beschwerde	62
d) Zulassung im Ausgangsbeschluss	62
e) Beschränkte Zulassung	62
f) Keine Nichtzulassungsbeschwerde	62
3. Unselbständige Anschlussrechtsbeschwerde	63
a) Anwendungsbereich	63
b) Voraussetzungen und Verfahren	63
4. Rechtsbeschwerdegründe	64
5. Rechtsbeschwerdebegründung	64
a) Kraft Zulassung statthafte Rechtsbeschwerde	64
b) Von Gesetzes wegen statthafte Rechtsbeschwerde	65
c) Nichtzulassungsbeschwerde	65
VI. Revisionsbeschwerde zum BAG (§ 77 ArbGG)	65
VII. Die Mitbestimmungsrechtsbeschwerde nach den §§ 92 ff. ArbGG, §§ 122, 126 InsO beim BAG und beim BVerwG	66
1. Anwendungsbereich	66
2. Verfahren im Allgemeinen	66

3. Verfahren nach den §§ 122, 126 InsO	66
4. Allgemeine Rechtsbeschwerde im Beschlussverfahren	67
VIII. Die Entscheidung des obersten Gerichtshofs	67
D. Sofortige Beschwerde zum BAG und zum BVerwG (§§ 72b, 92b ArbGG)	69
I. Anwendungsbereich	69
1. Verfahren vor dem BAG	69
2. Verfahren vor dem BVerwG	69
II. Gegenstand	69
1. Fehlen des formalen Mindestgehalts zur rechten Zeit	70
2. Sonstige Mängel einer Entscheidung	70
III. Wirkung	70
1. Revision und Mitbestimmungsrechtsbeschwerde	70
2. Nichtzulassungsbeschwerde	71
IV. Rechtsmittelbegründung	71
V. Entscheidung des obersten Gerichtshof	71
E. Rechtswegbeschwerde nach § 17a Abs. 4 S. 4 GVG	73
I. Anwendungsbereich	73
1. Verfahren vor den ordentlichen Gerichten	73
2. Verfahren ohne zweite Instanz	73
3. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	73
II. Zuständigkeit	74
III. Zulassung der Rechtswegbeschwerde	74
1. Zulassungsvoraussetzung	74
2. Zulassungsentscheidung	74
3. Bindung des obersten Gerichtshofes des Bundes	75
4. Nichtzulassungsbeschwerde?	75
IV. Verfahren	75
1. BGH und BAG	75
2. BVerwG, BFH und BSG	75
3. Fatale (Fristen), Vertretung, Form	75
a) BGH und BAG	76
b) BVerwG und BFH	76
c) Rechtswegbeschwerde vor dem BSG	76
V. Rechtsmittelbegründung	76
VI. Entscheidung	76
F. Nichtzulassungsbeschwerde und andere Rechtsmittelzulassungsverfahren	77
I. Nichtzulassungsbeschwerde	77
1. Revision	77
a) Zivilrechtsstreit	77
b) Verwaltungsrechtsstreit	78
2. Rechtsbeschwerde auf dem Gebiet der Marktordnung	78
3. Revisionsbeschwerde (§ 77 S. 2 iVm § 72a ArbGG)	78
4. Mitbestimmungsrechtsbeschwerde	78
II. Sprungrechtsmittel	78
1. Verfahren vor dem BGH	78
2. Verfahren vor dem BVerwG, BAG und BSG	79
III. Inzidentprüfung durch den obersten Gerichtshof	79
1. ZPO-Rechtsbeschwerde	79
2. Sofortige Beschwerde nach § 72b und § 92b ArbGG	79
3. Rechtsbeschwerde auf dem Gebiet der Immaterialgüterrechte	79
4. Rechtsbeschwerde auf dem Gebiet der Marktordnung	80

IV. Keine Prüfung der Rechtsmittelzulassungsgründe	80
1. Zulassungsfreie Rechtsmittel	81
2. „Nichts zu machen“	81
V. Die Rechtsmittelzulassungsgründe im Überblick	81
1. Grundsatzbedeutung	81
2. Rechtsfortbildungsbedeutung	82
3. Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung	82
4. Divergenz	82
5. Verfahrensfehler	83
6. Absolute Revisionsgründe (absolute Rechtsbeschwerdegründe)	83
a) Jeder absolute Revisionsgrund als Rechtsmittelzulassungsgrund	83
b) Nur einzelne absolute Revisionsgründe als Rechtsmittelzulassungsgrund ..	83
7. Rechtliches Gehör und Verfahrensgrundrechte	83
VI. Maßgebender Zeitpunkt	84
1. Nachträglicher Wegfall der Grundsatzbedeutung	84
2. Nachträgliche Divergenz	85
3. Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung	85
4. Tatsächliche Veränderungen	86
VII. Kausalität	86
VIII. Die Entscheidung des obersten Gerichtshofs	86
1. Nichtzulassungsbeschwerde	86
a) Zurückweisung oder Verwerfung	87
b) Stattgabe	87
2. Sprungrevision	88
3. Inzidentprüfung	88
G. Fatalia (Fristen, Vertretung, Form)	89
I. Richtiger Gerichtsadressat	89
1. Regel: Einlegung beim obersten Gerichtshof	89
a) BGH	89
b) BFH	90
c) BAG	90
d) Mitbestimmungsrechtsbeschwerde vor dem BAG und BVerwG	90
e) BSG	90
2. Ausnahme: Verwaltungsrechtsstreit vor dem BVerwG und Rechtsbeschwerde zum BGH bzw. zum BSG auf dem Gebiet der Marktordnung	90
a) Verfahren vor dem BVerwG	90
b) Rechtsbeschwerde auf dem Gebiet der Marktordnung	91
3. Ausnahme: Nachträgliche Rechtsmittelzulassungsanträge im Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialrechtsstreit sowie bei der Mitbestimmungsrechtsbeschwerde ..	91
a) Sprungrevision und Mitbestimmungssprungsrechtsbeschwerde	91
b) Nachträgliche Entscheidung über die Rechtsmittelzulassung im Arbeitsrechtsstreit und im mitbestimmungsrechtlichen Beschlussverfahren ..	92
II. Fristen	92
1. Fristdauer und regelmäßiger Fristbeginn	92
a) Grundvoraussetzung des Fristbeginns: Vollständigkeit der Entscheidung ..	92
b) Rechtsmittelfristen	93
c) Rechtsmittelbezogene Fristen	96
d) Rechtsmittelbegründungsfristen	97
2. Sonderfälle des Fristbeginns	100
a) Unvollständige Form der angefochtenen Entscheidung	101
b) Zustellungsmängel	102
c) Verkündungsmängel im Verfahren vor dem BGH und dem BAG	104
d) Rechtsmittelbelehrung	105
3. Fristverlängerung	106
a) Rechtsmittelfristen	106
b) Rechtsmittelbegründungsfristen	106

c) Die Anforderungen an den Verlängerungsantrag	108
d) Wirksamkeit der Verlängerungsverfügung	109
4. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	110
III. Vertretung	110
1. BGH	110
a) Regelfall	110
b) Sonderregelung für Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts im FamFG	110
c) Sonderregelung für die Rechtsbeschwerde auf dem Gebiet der Marktordnung vor dem BGH und dem BSG	111
2. BVerwG und BSG	111
a) Vertretungsberechtigung der Rechtsanwälte und Hochschullehrer	111
b) Vertretung von Behörden	112
c) Gewerkschaften und andere Vereinigungen	112
d) Mitbestimmungsrechtsbeschwerde	112
3. BFH	113
4. BAG	113
5. Selbstvertretung vertretungsberechtigter Personen	113
6. Ausnahmen von Anwalts- und Vertretungszwang	113
a) Verfahren	113
b) Verfahrenshandlungen	114
IV. Form- und Inhaltsfragen	115
1. Rechtsmittelschrift	115
a) Form	115
b) Inhalt	115
2. Rechtsmittelbegründung	116
V. Wertgrenzen	116
1. Nichtzulassungsbeschwerde zum BGH	116
a) Wertberechnung	116
b) Bemessungsgrundlage	116
c) Teilweise Revisionszulassung durch das Berufungsgericht	117
d) Ergänzungsurteil	117
e) Problemfälle der Wertberechnung	117
2. Sprungrevision zum BGH	118
H. Die Rechtsmittelgründe (Revisionszulassungsgründe, Revisionsgründe, Rechtsbeschwerdegründe etc.)	119
I. Allgemeine Grundsätze	119
1. Rechtsverletzung	119
2. Anzuwendendes Recht	119
a) Bundesrecht	120
b) Landesrecht	120
c) Kommunalrecht	122
d) Ausländisches Recht	122
3. Kausalität	123
4. Keine Tatsachenfeststellung	124
5. Beschränkte Überprüfung der Zuständigkeit der Vorinstanz	124
a) Internationale Zuständigkeit	124
b) Rechtswegezuständigkeit	125
c) Ausnahme: Die Verletzung des Willkürverbots?	125
6. Zulässiges Rechtsmittel	125
II. Rechtsmittelzulassungsgründe	125
1. Funktion der Rechtsmittelzulassungsgründe	125
2. Wirkungsweise der Zulassungsgründe	126
3. Die Rechtsmittelzulassungsgründe im Einzelnen	126
a) Grundsatzbedeutung	126
b) Rechtsfortbildung	134

c) Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung	135
d) Divergenz (im engeren Sinne)	141
e) Versagung rechtlichen Gehörs	142
f) Absolute Revisionsgründe (absolute Rechtsmittelgründe)	153
g) Verfahrensfehler	153
III. Intermezzo: Beweiswürdigung und Auslegung	156
1. Beweiswürdigung: Theater in drei Akten	157
a) Gegenstand der Verfahrensrüge	157
b) Kein Gegenstand der Verfahrensrüge	159
c) Zusammenfassung	161
2. Auslegung: Theater in zwei Akten	161
a) Grundregel	162
b) Die beiden Akte	162
IV. Absolute Revisionsgründe (absolute Rechtsmittelgründe)	163
1. Anwendungsbereich	163
a) Grundsatz	163
b) Ausnahme: Sprungrevision	163
2. Wirkung	163
a) Grundsatz	164
b) Ausnahme	164
c) Rechtsmittelzulassungs- bzw. -zulässigkeitsgrund	164
3. Die absoluten Revisionsgründe im Einzelnen	165
a) Besetzungsmangel	165
b) Mitwirkung eines ausgeschlossenen Richters	172
c) Mitwirkung eines abgelehnten Richters	173
d) Vertretungsmangel	175
e) Öffentlichkeitsmangel	178
f) Begründungsmangel	181
g) Rechtliches Gehör	190
V. Relative Revisionsgründe (Rechtsmittelgründe)	191
1. Auslegungsfehler	192
a) Individualverträge und Willenserklärungen	192
b) Allgemeine Geschäftsbedingungen	192
c) Tarifverträge	193
d) Satzungen juristischer Personen; Gesellschaftsverträge	193
e) Gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsakte	193
f) Prozesshandlungen	194
2. Verfahrensfehler	194
a) Beweiserhebung – und Beweiswürdigung	194
b) Präklusionsvorschriften	194
c) Kassatorische statt eigener Sachentscheidung der zweiten Instanz	195
d) Sonstige Verfahrensfehler	196
3. Kausalität	196
a) Feststehender Sachverhalt	196
b) Angefochtene Sachverhaltsfeststellung	196
VI. Die Rechtsmittelbegründung	196
1. Der Antrag	197
a) Nichtzulassungsbeschwerde	197
b) Revisionsbegründung	197
c) Verfahren mit Inzidentprüfung der Rechtsmittelzulassungsgründe	198
2. Die Revisionsbegründung (eigentliche Rechtsmittelbegründung)	198
a) Das Wichtigste zuerst:	198
b) Zurüstungen	199
c) Der Anfang	199
d) Der Fortgang	199
3. Nichtzulassungsbeschwerdebegründung (Begründung des Rechtsmittelzulassungsbegehrens)	202
a) „Technik“	202

b) Die maßgebende Blickrichtung	203
c) Keine Erfolgsgarantie	203
4. Rechtsmittelbeschränkung	203
I. Der Tatsachenstoff des obersten Gerichtshofs	205
I. Die maßgebenden gesetzlichen Regelungen	205
1. Verfahren vor dem BGH	205
a) Revision und Nichtzulassungsbeschwerde	205
b) ZPO-Rechtsbeschwerde	205
c) FamFG-Rechtsbeschwerde	206
d) Rechtsbeschwerde auf dem Gebiet der Immaterialgüterrechte	206
e) Rechtsbeschwerde- und Nichtzulassungsbeschwerde auf dem Gebiet der Marktordnung	206
2. Verfahren vor dem BVerwG nach der VwGO	206
3. Verfahren vor dem BFH	206
4. Verfahren vor dem BAG und Mitbestimmungsrechtsbeschwerde vor BAG und BVerwG	207
5. Verfahren vor dem BSG	207
6. Zusammenfassung	207
II. Die Bedeutung des Tatbestandes	207
1. Mündliche Verhandlung als Voraussetzung eines Tatbestandes	208
2. Die Elemente des Tatbestands	208
a) Der eigentliche Tatbestand	208
b) Entscheidungsgründe	208
c) Der Tatbestand der erstinstanzlichen Entscheidung	208
d) Bezugnahmen	209
3. Schweigen des Tatbestandes	210
4. Widersprüche im Tatbestand	210
5. Die Widerlegung des Tatbestandes	210
6. Die Tatbestandsberichtigung	211
a) Fatalia des Tatbestandsberichtigungsantrags	211
b) Gegenstand des Tatbestandsberichtigungsantrages; praktische Hinweise	211
c) Die Bedeutung des Beschlusses über den Tatbestandsberichtigungsantrag	212
d) Gegenstand von Verfahrensrügen	212
III. Neuer Tatsachenvortrag	212
1. Sachurteilsvoraussetzungen	213
2. Sonstige Prozesstatsachen	213
a) Rechtsmittelverwerfung: Grundsatz	214
b) Rechtsmittelverwerfung: Ausnahme	214
c) Aufklärungsrüge; Wiederaufnahmegründe	214
3. Neue Sachverhaltstatsachen	214
a) Restitutionsgründe	215
b) Unstreitige Tatsachen	215
c) Änderung der Rechtslage	216
d) Offenkundige Tatsachen; „legal facts“	216
e) Zeitablauf	216
f) Andere bindende Entscheidungen	216
IV. Änderung des Klagebegehrens	217
1. Klageerweiterung und -beschränkung	217
2. Hilfsantrag	217
3. Nachträgliche Konkretisierung und sonstige Modifikationen	217
4. Übergang zum Feststellungsantrag; Zwischenfeststellungsklage	218
5. Parteiwechsel	218
a) Gewillkürter Parteiwechsel	218
b) Gesetzlicher Parteiwechsel	218
c) Besondere Fallgestaltungen im Haftpflichtprozess	219
V. Nebenintervention, Streitverkündung, Beiladung	219

J. Der Verfahrensgegenstand des obersten Gerichtshofs	221
I. Der angefallene Streitgegenstand (Anfallwirkung)	221
1. Bedeutung des Antrags	221
2. Bedeutung der Rechtsmittelbegründung	222
3. Verbot der reformatio in peius	222
4. Hilfsanträge	222
5. Die Ausnahmeregelung des § 171 SGG	223
II. Vor- und Zwischenentscheidungen	223
1. Abgrenzungen	223
a) Grundsatz	224
b) Ausnahme: „Nach den Vorschriften dieses Gesetzes unanfechtbar“	224
c) „Vorausgegangen“ – Nebenentscheidungen zur Endentscheidung	225
2. Unanfechtbare Zwischenentscheidungen	225
a) Originär unanfechtbare Zwischenentscheidungen	225
b) Unanfechtbar gewordene Zwischenentscheidungen	227
c) „Rückläufer“ nach kassatorischer Berufungsentscheidung	227
3. „Anfechtbare“ Zwischenentscheidungen	228
III. Die Bedeutung der Rechtsmittelgründe	228
1. BGH, BAG (BVerwG) und BSG: Vollrevision	228
2. BVerwG und BFH: Verfahrens- oder Vollrevision	229
a) Vollrevision	229
b) Verfahrensrevision	229
K. Das Verfahren vor dem obersten Gerichtshof	231
I. Rechtsmittelerwiderung	231
1. Bedeutung der Rechtsmittelerwiderung	231
2. Verfahrensgegenrügen	231
a) Gegenstand der Verfahrensgegenrüge	231
b) Zulässigkeit	231
c) Zeitpunkt	232
d) Besonderheiten bei der Sprungrevision	232
II. Beteiligung Dritter	232
1. Erstmalige Beteiligung	232
a) Zivil- und Arbeitsrechtsstreit	232
b) Verwaltungs-, Finanz- und Sozialrechtsstreit	233
2. Fortdauernde Beteiligung aus der Vorinstanz	233
III. Mündliche Verhandlung	234
1. Revision und Mitbestimmungsrechtsbeschwerde	234
2. Rechtsbeschwerde, sofortige Beschwerde, Revisionsbeschwerde	234
a) Obligatorische mündliche Verhandlung	234
b) Fakultative mündliche Verhandlung	234
3. Nichtzulassungsbeschwerde	234
4. Verzicht auf die mündliche Verhandlung	235
5. Säumnis der Beteiligten	235
a) Revision vor BGH und BAG	235
b) Revision vor BVerwG, BFH und BSG sowie Rechtsbeschwerde auf dem Gebiet der Marktordnung vor BGH und BSG	235
c) Mitbestimmungsrechtsbeschwerde bei BAG und BVerwG	235
6. Der Gang der mündlichen Verhandlung	235
a) BGH (Verfahren mit BGH-Anwaltszwang)	236
b) BVerwG	236
c) BFH	236
d) BAG	236
e) BSG	237
IV. Rechtsmittelrücknahme	237

L. Einstweiliger Rechtsschutz und Vollstreckungs- bzw. Vollziehungsschutz	239
I. Einstweiliger Rechtsschutz in der Hauptsache	239
1. Einstweilige Anordnung, einstweilige Verfügung; Arrest	239
2. Aussetzung der Vollziehung des angefochtenen Verwaltungsaktes	239
II. Vollstreckungs- und Vollziehungsschutz	240
1. Vollstreckungseinstellung bei Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde vor BGH, BVerwG, BFH und BAG gemäß § 719 Abs. 2 ZPO	240
a) Die ungeschriebenen Voraussetzungen der Vollstreckungseinstellung nach § 719 Abs. 2 ZPO	240
b) Die geschriebenen Voraussetzungen des § 719 Abs. 2 ZPO	242
2. Vollstreckungseinstellung vor dem BSG nach § 199 SGG	244
3. ZPO-Rechtsbeschwerde und Revisionsbeschwerde: Vollziehungsschutz nach § 575 Abs. 5 ZPO	244
a) Nur Schutz gegen Vollziehung	244
b) Kein Erfordernis eines vorinstanzlichen Vollstreckungsschutzantrags	244
c) Sonstige Voraussetzungen	244
4. Vollstreckungseinstellung in Anerkennungssachen (AVAG, IntFam-RVG, IntErbRVG)	245
5. Vollstreckungseinstellung in Ehe- und Familienstreitsachen	245
6. Vollziehungsschutz in sonstigen FamFG-Rechtsbeschwerden	245
7. Vollstreckungseinstellung in Prozesskostenhilfverfahren	246
8. Räumungsfrist	246
M. Tenor und Wirkung der Entscheidung des obersten Gerichtshofs	247
I. Tenor	247
II. Bindungswirkung	247
1. Grundsatz	247
2. Bedeutung	248
a) Beurteilungsmonopol	248
b) Gegenstand der Bindung	248
c) Grenzen der Bindung	249
3. Folgen von Verstößen	250
III. Verbot der reformatio in peius	250
IV. Anhörungsrüge	251
N. Prozesskostenhilfe und Notanwalt	253
I. Prozesskostenhilfe	253
1. Antrag	253
2. Frist	253
3. Sachliche Begründung	253
II. Notanwalt	254
1. Vergebliches Bemühen	254
2. Gründe der „Anwaltslosigkeit“	254
3. Erfolgsaussicht des Rechtsmittels	255
O. Kosten	257
I. Nichtzulassungsbeschwerde	257
II. Revision	258
III. ZPO-Rechtsbeschwerde	258
IV. FamFG-Rechtsbeschwerde	259
V. Rechtsbeschwerden und Nichtzulassungsbeschwerden auf dem Gebiet der Marktordnung	260
VI. Rechtsbeschwerden auf dem Gebiet der Immaterialgüterrechte	260

XXIV	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	
	VII. Mitbestimmungsrechtsbeschwerde	260
	VIII. Revisionsbeschwerde beim BAG	261
	IX. Sofortige Beschwerde beim BAG	261
	Anhang	263
	Stichwortverzeichnis	271


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG